Debatte des Deutschen Bundestages am 22. Juni 1995

[. . .]

Vizepräsident Hans Klein: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

a) Beratung der Beschlußempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß)

   zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

   Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

   zu dem Antrag der Fraktion der SPD

   Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland in Prozeß der deutschen Einheit“

   – Drucksachen 13/1535, 13/1537, 13/1762 –

   Berichterstattung:

   Abgeordneter Dieter Wiefelspütz

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Ludwig Elm, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

   Einsetzung einer unabhängigen Experten-Kommission zur Geschichte der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Einigungsprozesses seit 1990

   – Drucksache 13/1615 –

Zur Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung liegt ein Änderungsantrag der Gruppe der PDS vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die gemeinsame Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Hartmut Koschyk das Wort. – Es wäre natürlich gut, wenn einem die Geschäftsführer die richtige Reihenfolge melden würden, aber sie sind im Gespräch vertieft. – Herr Kollege Eppelmann, wenn ich die Gesten richtig verstehe, wollen Sie als erster das Wort. Bitte sehr.

Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 8. Juni dieses Jahres war ich sehr glücklich. Da wollte pflichtgemäß der Obergerichtsvollzieher bei der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley Gerichtskosten in Höhe von 3500 DM beitreiben. Weshalb diese Kosten Bärbel Bohley auferlegt worden waren, wissen alle in diesem Saal und in der Öffentlichkeit. Politiker aus allen Parteien außer der PDS, junge und politisch hellwache Menschen, Bürgerrechtler und viele andere waren gekommen, um Bärbel Bohley ihre Solidarität zu zeigen. In diesen Vormittagsstunden des 8. Juni wurde etwas von jenem antitotalitären Konsens lebendig, über den es im Schlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" heißt – ich zitiere –:

> Im öffentlichen Bewußtsein verankerter antitotalitärer Grundkonsens ist wesentlich für die Demokratie in Deutschland. Er schließt eine historisch fundierte Beurteilung der SED-Diktatur ein. Eine Aufarbeitung, die die Realitäten aufdeckt, die Verantwortlichen benennt und so den Erfahrungen der Menschen gerecht wird, ist entscheidend für eine demokratische politische Kultur in Deutschland.

Den antitotalitären Konsens haben wir nicht als festen Besitz. Er muß tagtäglich neu erarbeitet werden. Wir dürfen das politische Ziel nicht aus den Augen verlieren, nämlich: Nie wieder eine totalitäre Diktatur in Deutschland! Kein Gehör für diejenigen, die die Schrecken der Diktatur kleinreden und nostalgisch verklären wollen, kein Verwischen der Hauptverantwortung der SED für die in 40 Jahren in der DDR angerichteten Schäden!

Wer die „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit" wirklich will, der wird um der Zukunft willen den Blick zurück nicht verschließen dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht darum, den „kalten Krieg zu beenden – fünf Jahre nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft", wie ein geschätzter Kollege von der SPD meinte. Es geht um die Auseinandersetzung mit allen Formen totalitären Denkens. Das sind wir den Opfern der SED-Diktatur und den Bürgerrechtlern schuldig. Wir dürfen den Tätern und Helfern der SED keine neuen Wirkungsmöglichkeiten eröffnen. Sehr richtig, wenn auch etwas überraschend, hat derselbe Kollege von der SPD, der die Beendigung des kalten Krieges einforderte, vor etwa zehn Tagen beim Bautzenforum 1995 gesagt:

> Einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen bedeutet einen kleinen Tod für die Demokratie.

Lieber Wolfgang Thierse, das wäre nicht nur „ein kleiner Tod" für die Demokratie, das könnte der Anfang von ihrem Ende sein.

Über die Leistungsfähigkeit einer Enquete-Kommission, die sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur zuwendet, ist bereits in der vergangenen Legislatur-